

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Gerausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Verammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

## Reichspräsident Friedrich Ebert ✠

Reichspräsident Friedrich Ebert ist tot. Am 28. Februar ist er seinen Leiden erlegen. Wenige Tage zuvor mußte er sich einer schweren Operation unterziehen. Trotz des verhältnismäßig günstig verlaufenen Krankheitszustandes trat plötzlich eine Verschlimmerung ein, die den schnellen Tod herbeiführte.

Die deutsche Arbeiterschaft hat Anlaß, den Tod Friedrich Eberts aufs tiefste zu beklagen; denn seit seiner frühesten Jugend hat er stets die Sache der Arbeiterschaft verfolgt. In Heidelberg als Kind armer Eltern geboren, erlernte er nach vollendeter Schulzeit das Sattlerhandwerk und kam schon als junger Handwerksgehilfe zur Arbeiterbewegung. Seit jener Zeit hat ihn das Vertrauen der Arbeiterschaft aufwärtsgetragen. Auf den verschiedensten Posten, sei es als Redakteur, als Arbeitersekretär, als Mitglied des Reichstages oder als Parteiführer, hat er sich hervorragend bewährt. Sein ruhiges und besonnenes Wesen trug ihm Achtung und Anerkennung ein.

Der Zusammenbruch Deutschlands stellte ihn vor neue größere Aufgaben, er wurde mit Volksbeauftragter. Es galt, die Grundlagen für einen neuen Aufbau Deutschlands zu schaffen. Friedrich Ebert

erkannte die Bedingungen, er setzte sich entschieden für die Demokratie ein. Des Volkes Wille soll oberstes Gesetz sein, war sein Grundsatz.

Die Nationalversammlung wählte ihn 1919 zum provisorischen Reichspräsidenten. Der Reichstag verlängerte 1922 seine Amtsdauer auf weitere drei Jahre. In den Jahren seiner Amtsführung war die deutsch. Republik den schwersten Erschütterungen ausgesetzt. Innen- und außenpolitischer Natur waren die Ursachen, sie verschärften die Gegensätze im Volke und stärkten die Gegner der Republik. Dem klugen staatsmännischen Verhalten des verstorbenen Reichspräsidenten ist es mit zu verdanken, wenn die Republik nicht in Scherben ging. Vom Haß der Gegner ist er nicht verschont geblieben, die letzten Wochen haben es zur Genüge bewiesen. Jeder einsichtsvolle Beurteiler seiner Tätigkeit wußte, daß auch ihm verfassungsmäßige Grenzen gesteckt waren.

Die deutsche Arbeiterschaft verliert in Friedrich Ebert einen ihrer Besten. Sie weiß Friedrich Ebert Dank für seine Tätigkeit. Die junge deutsche Republik, deren würdiger Repräsentant Friedrich Ebert war, verliert ihren ersten Präsidenten. Sein Wirken wird unvergessen bleiben.

## Die Ursache der Erwerbslosigkeit.

Von Dr. Heinz Potthoff, München.

Das Problem der Erwerbslosigkeit von Hunderttausenden, das uns seit Jahren schwer bedrängt, ist nicht das allgemeine Problem von Armut, Krankheit und Not, sondern es liegt gerade darin, daß die Erwerbslosen nicht krank oder faul, sondern arbeitsfähig und arbeitswillig sind, und daß kein allgemeiner Mangel herrscht. Das Problem, warum ein Teil des Volkes „bei vollen Scheunen hungert“, warum ein Teil des Volkes nicht seinen Lebensbedarf durch wirtschaftliche Arbeit zu erwerben vermag, ist offenbar ein Problem der Wirtschaftsorganisation und Güterverteilung. Es hat nicht zu allen Zeiten geherrscht und kann deswegen auch nicht unentrinnbar sein. Erste Vorbedingung der Ueberwindung ist, daß wir die Grundursache aufdecken.

Die naivste Begründung der massenhaften Arbeitslosigkeit, die uns heute oft entgegentritt, ist ein Hinweis auf Ueberbevölkerung. Deutschland hat mehr Menschen, als es beschäftigen und ernähren kann. Diese Ansicht wird am einfachsten und gründlichsten widerlegt durch das Rechenexempel Franz Oppenheims, wonach wir Deutschen heute noch alle Bauern sein könnten. Wenn die gesamte landwirtschaftlich nutzbare Fläche unseres Vaterlandes gleichmäßig verteilt würde, so käme auf jede Familie eine Hufe; das ist das Maß von Landbesitz, das im Mittelalter die Grundlage bäuerlicher Nahrung bildete. Bei der verbesserten Technik des Landbaues könnte jede Familie wohl das Dreifache dessen aus dem Boden gewinnen, was unsere Vorfahren vor Jahrhunderten erarbeiteten. Wir würden also alle ganz gut leben können, natürlich anders als heute; die „Erzeugnisse moderner Zivilisation“ würden uns fehlen; aber zu hungern brauchte niemand.

Entgegengesetzt ist der Einwand, daß die moderne Technik die Arbeitslosigkeit verursache. Die Maschine arbeitet so viel, daß dem Menschen nicht genug Arbeit bleibt. Durch die Beherrschung der Naturkräfte ist der einzelne Arbeiter so produktiv, daß er weit mehr schafft, als er verbrauchen kann. Deswegen müssen viele Menschen arbeitslos bleiben? Auch das kann nicht stimmen. Denn der Bedarf des Menschen ist beinahe unbegrenzt; wenn die 60 Millionen Deutschen alles anschaffen könnten, was ihre

Herz begehrt, dann müßte die Produktion noch verdreifacht und vielleicht verzehnfacht werden. Und wenn durch ungleiche Verteilung des Reichtums viele Volksgenossen vom Genuße der Güter ausgeschlossen sind, so erklärt das nicht, warum sie von der Herstellung ausgeschlossen werden, und erklärt erst recht nicht, warum der Ueberfluß der einen die anderen hindern soll, sich mit Arbeit den notwendigen, bescheidensten Unterhalt zu erwerben.

Ist vielleicht die Marktwirtschaft schuld, die heutige Organisation der Volkswirtschaft, bei der niemand mehr seinen eigenen Lebensbedarf unmittelbar herstellt, sondern jeder irgendein Teilprodukt schafft, das er auf dem Umwege des Geldes gegen seine Bedarfsgüter eintauscht? Funktioniert vielleicht dieser Tauschapparat so schlecht? Auch das kann nicht den Hunger vieler verursachen. Denn die Arbeitsteilung, auf der die Marktwirtschaft beruht, hat zu gewaltiger Steigerung der Leistungen geführt. Und wer bei dem Austausch nicht zu seinem Rechte käme, hätte doch immer die Möglichkeit, seinen Bedarf sich unmittelbar selbst zu beschaffen. Wenn er als Bauer arbeitet, würde er nicht zu hungern brauchen, vor- ausgesetzt, daß er Zugang zum Boden hätte, aus dem er Nahrung und Kleidung herausholen muß und den er auch als Raum für eine Wohnung nicht entbehren kann. Aber dieser Zugang zum Boden ist ihm nicht frei. Und hier liegt die Grundursache aller sozialen Schwierigkeiten, insbesondere auch der Erwerbslosigkeit.

Der Grund und Boden Deutschlands gilt unserm Rechte gleich einer Ware, die frei besessen und veräußert werden kann. Er steht in fast unbeschränktem Privateigentum, dessen wesentlichste Bedeutung nicht darin besteht, daß der Eigentümer seinen Boden nutzen, sondern daß er jedem anderen die Benutzung untersagen kann. Mit dem Boden unterliegen dem Sperrrechte des Eigentümers einerseits alle Kräfte, Schätze und Erzeugnisse des Bodens, andererseits die Fläche, der Raum des Vaterlandes, mit beidem ganz unentbehrliche Voraussetzungen jeder Existenz. Wer nicht über ein Stück Boden verfügt, hat zunächst gar keine Existenzberechtigung in Deutschland. Denn wenn er leben, wohnen und arbeiten will, braucht er Raum, Natur-schätze, mit einem Worte Boden. Die Benutzung fremden Bodens wird ihm nur erlaubt gegen einen Tribut, der „Grundrente“ heißt und der im allgemeinen im Kauf-

preise und in Hypotheken sich festgesetzt hat. Wer keine Sachgüter hat, um den Tribut zu leisten, muß ihn mit seiner Person zahlen. Er muß sich in den Dienst des Besitzers von Boden (und andern Produktionsmitteln) stellen, muß diesem erlauben, an seiner Arbeit mitzuerbieten.

In dieser Rechtsordnung liegt für die Millionen der Vermögenslosen der Zwang zur Lohnarbeit, liegt die Ursache der Abhängigkeit und Ausbeutung der Arbeitnehmerschaft. In ihr liegt auch die Ursache der Erwerbslosigkeit. Denn sie macht die Beschäftigung der Vermögenslosen davon abhängig, daß ein anderer (der Unternehmer) Vorteil davon hat. Deswegen richtet sich die Beschäftigung nicht nach dem Bedarfe der Arbeitnehmer, sondern nach dem Gewinne der Arbeitgeber; und dieser kann völlig unabhängig sein vom Bedarfe der Arbeiter. So kann es kommen, daß arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen hungern müssen, weil niemand Interesse an ihrer Beschäftigung hat.

Dieses Mißverhältnis könnte nicht eintreten, wenn der Nichtbeschäftigte die Möglichkeit hätte, sich selbst zu beschäftigen. Wenn er Zugang zum Boden hätte, könnte er seinen notwendigen Lebensbedarf aus ihm herausschaffen. Not und Abhängigkeit gäbe es nicht.

Das ist von niemand scharfer hervorgehoben worden als von Karl Marx, der den Grundsatz schrieb: „Das Monopol des Grundeigentums ist die fortwährende Grundlage der kapitalistischen Produktion.“ Denn sie schafft die „industrielle Reservearmee“, eben die Menge von Besitzlosen, die auf ein Arbeitsverhältnis angewiesen sind, wenn sie nicht betteln oder stehlen oder hungern sollen. Und in einem Vergleiche zwischen altem Kulturlande und einer jungen Kolonie zeigt Marx am Schlusse des ersten Bandes des „Kapitals“, daß weder Abhängigkeit noch Erwerbslosigkeit eintreten können, solange jedermann die Möglichkeit hat, „selbstwirtschaftender Bauer oder Handwerker zu werden“ und damit „vom Arbeitsmarke zu verschwinden“.

In dem Schriftchen „Arbeitsrecht und Bodenrecht“, das 1923 im Verlage des NDGB. erschienen ist, habe ich des näheren die enge Verflechtung aller Sozialpolitik und Gewerkschaftsarbeit mit der Bodenfrage aufgezeigt. Dort habe ich auch nachgewiesen, daß der Begründer der sozialistischen Bewegung, Karl Marx, mit dem extrem liberalen Franz Oppenheimer darin einig ist, daß zur Beseitigung

des Lohnausbeutungsverhältnisses und zugleich auch damit der Erwerbslosigkeit es nur einer Brechung des Grundbesitzmonopols bedarf, das unzähligen Volksgenossen den Zugang zum Lande sperrt.

Diese Frage ist gegenwärtig von allerhöchster Bedeutung. Denn der Kampf um die Grundrente, damit um Bodenpreis und Bodenpferre, liegt allen Steuerfragen, Zollfragen und auch der Währungsfrage zugrunde. Nur die geeinte Macht aller Arbeitnehmer ist stark genug, die großen Kapitalinteressen zu überwinden und mit der Erlösung des Bodens vom römischen Warenrechte auch dem schlimmsten Gespenste des Proletariats, der Arbeitslosigkeit, erfolgreich zu Leibe zu rücken.

## Ein Verbrechen.

### Welchen Sinn hat die Steuervorlage?

Mit der Veröffentlichung der Steuervorlage hat sich der breiten Bevölkerung die größte Unruhe bemächtigt. Von einer Regierung, die der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft ihr Leben verdankt, war, wenn sie Steuerreformen machte, ja überhaupt zu erwarten. Diese Steuerreform aber, die das Kabinett der Kapitalisten und Agrarier in Reinkultur plant, übertrifft alle Befürchtungen. Ihr gegenüber steht das deutsche Volk in der Rolle des Kasttieres, das schon lange zuviel trägt und weiter belastet werden soll. Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Steuervorlage die Absicht, den Besitz zu entlasten und die Armut noch mehr zu belasten. Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer bringen dem Besitz und den großen Einkommen Nießenvorteile auf steuerlichem Gebiet. Hier ist man radikal vorgegangen, um den Geldsack zu schützen. Für Arbeiter Beamte und Angestellte hat man nichts, aber auch gar nichts übrig. Die wirtschaftsfeindliche, Waren vertuernde Umsatzsteuer bleibt. Der drückende, den Reallohn schmälernde Lohnabzug erfährt keine Milderung und wo bei kinderreichen Familien minimalste Entlastung eintritt, ist diese so selbstverständlich und durch nackte Armut und größtes Elend gebeten, daß die Regierung wohl nicht gut anders konnte. So hat man Milderungen von 2% (in Buchstaben „zwei“) eintreten lassen, die aber nur gelten, sofern der Prolet zum mindesten über 4 Kinder verfügt. Dagegen berücksichtige man, daß man bei den großen Einkommen die Steuern um rund 50% ermäßigt hat. So sieht die steuerliche Gerechtigkeit der Regierung aus! Das Kasttier soll neu gepackt werden. Hoffentlich schlägt es nicht aus!

Welche Entschuldigun gen hat diese Regierung für ihr ungeheuerliches Unterfangen? Sie sagt, es sei notwendig, das Vermögen in Deutschland zu schonen, damit wir zur Kapitalbildung und zu einer Belebung der Wirtschaft kommen. Das klingt harmlos, fürsorglich und plausibel, gerade als wenn der Wolf das Lamm einladet, sich seiner Obhut anzuvertrauen! Wie liegen aber die Dinge wirklich? Gewiß, die Regierung ist schon seit Einführung der Rentenmark damit beschäftigt, Kapital neu zu bilden: Die Preise wurden überverteuert, die Arbeitszeit verlängert und die Löhne möglichst verkleinert. Das waren die Mittel, um neues Kapital zu bilden, und diese Mittel haben Erfolg gehabt. Es gibt deutsche Firmen, die im Jahre 1924 mehr Reingewinn erzielten als vor dem Kriege. Wir kennen Firmen, die nach eigenen Angaben im Jahre 1924 ihr ganzes Aktienkapital verdient, also mit 100% Gewinn gearbeitet haben. Wir haben eine selten verrückte Zeit erlebt, in der gerade durch wuchernde Preisüberhebung eine tiefste Reduzierung der Löhne vorgenommen wurde. Wucherpreise, wie wir sie bezahlen müssen, bedeuten ja indirekte Lohnkürzung. Auf dieser Linie liegt auch die neue Steuerreform. Der Besitz, das große Einkommen sollen ihren Raab behalten; deshalb sollen sie steuerlich entlastet und geschont werden. Die Massen sollen aber bezahlen. So bildet man Kapital! Ein sehr einfaches Rezept!

Aber noch mehr! Die Steuervorlage sieht auch vor, die öffentlichen Betriebe der Körperschaftsteuer und der Vermögenssteuer zu unterwerfen. Wenn Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke aber ihre Preise erhöhen müssen, bedeutet das nicht nur eine neue Belastung der Massen und eine Verteuerung der übrigen Produktion, sondern es fallen damit wichtige Voraussetzungen für eine Verbilligung überhaupt weg. Etwas Wirtschaftsfreundlicheres läßt sich kaum denken. Deutschland, das auf Grund seiner billigen Arbeitslöhne, seiner qualifizierten Arbeiterkraft, seines technischen Könnens usw. das billigste Industrieland sein könnte, soll absolut das teuerste Land der Erde sein. Wenn man die billigeren öffentlichen Betriebe durch Steuerlast in ihrer Entwicklung hemmen will, so läßt sich diese Art Selbstmord der Wirtschaft nur dadurch erklären, daß unsere Wirtschaft privatkapitalistisch eingestellt ist und unser Privatkapitalismus mit den Steuervorlagen nebenbei den Zweck verfolgt, gegen kommunale und gemeinwirtschaftliche Betriebe einen neuen Schlag, der tödlich wirken soll, zu führen. Der private Kapitalismus hat Hunger und will die Beute, die unsere famose Wirtschaftspolitik bietet, für sich allein. Ein Beispiel dafür: Die öffentlichen Sparkassen sollen steuerlich bis zu einem gewissen Grade verschont bleiben, wenn sie auf das übrige Geldgeschäft verzichten, das heißt, wir wollen auch ein wenig milder behandeln, wenn ihr Sparkassen damit einverstanden seid, daß wir, die modernen Finanzkapitalisten, das Volk mit Zinsen und Provisionen ungestört auswuchern!

Wenn man ein Motto für diese Steuerreform finden wollte, könnte es nur dieses sein: Bildung künstlicher Produktions- und Preismonopole, Finanzierung eines rückständigen Wirtschaftsapparates durch Ausbeutung der Massen! So brutal, wie die Regierung es in ihrer Steuervorlage tut, ist dieser Gedanke aber noch nie verwirklicht worden. Brutal — aber auch unverantwortlich. Gewiß, man kann so Kapital neu bilden, kann so der Industrie und der Landwirtschaft die Taschen füllen. Wie geht es aber weiter? Wie bringen wir unsere Wirtschaft, von der wir alle abhängen, vorwärts? Der reiche Kapitalist ist immer noch nicht die reiche Wirtschaft. Wenn der

Unternehmer sein Schäfchen im trocknen hat, zieht er sich ins Privatleben zurück. Er hat, mögen andere weiter sorgen. Damit ist der Wirtschaft aber nicht geholfen. Bei der kommt es darauf an, daß Waren fließen, daß produziert und konsumiert wird! Die Politik der Regierung aber verhindert diesen Fluß in der Wirtschaft; sie kürzt die Reallohne, schlägt die Kaufkraft mit unfauligen Steuern tot. Wenn sie so dem Unternehmertum eine Milliarde zuschanzt, vernichtet sie in Wirklichkeit zehn Milliarden an Kaufkraft und Wirtschaftsgut. Sie gleicht dem Landwirt, der jedes Jahr möglichst viel aus dem Boden herauschanzt, ohne daran zu denken, daß dieser Boden gepflegt, behandelt, geschont, daß er ernährt und gedüngt werden muß. So ein Boden sind die breiten Massen, ihm gleicht die Kaufkraft. Engt man die Fähigkeit des Volkes, Waren zu kaufen und zu verbrauchen, durch Wucherpreise, Kürzung des Lohnes und steuerliche Belastung aber noch weiter ein, dann muß einmal der Augenblick kommen, wo der Mangel den ganzen Produktionsprozess zum Stillstand bringt. Der Boden verlagert dann eben die Früchte!

Das ist dann die Katastrophe, der die Regierungspolitik entgegensteht. Das müssen wir verhindern. Deshalb wenden wir uns gegen die Steuervorlage, gegen das Verbrechen an Volk und Wirtschaft: Das überpackte deutsche Kasttier schlägt aus!

## Die Notlage des deutschen Industriekapitals.

Die Verarmung Deutschlands und seiner Wirtschaft als Folge des Weltkrieges ist seit Jahren Gegenstand fortgesetzter Behandlung in der Presse, von Regierungserklärungen, Parlamentserörterungen und sonstigen Veranstaltungen, und wird es voraussichtlich noch lange bleiben. Eindringlich, unter Anführung umfangreichen statistischen Materials wurde dem deutschen Volke nachgewiesen, daß es die früher gewohnte Lebensweise nicht aufrechterhalten könne, sich einschränken, zugleich aber die größten Anstrengungen machen müsse, um seine daniederliegende Wirtschaft wieder aufzurichten. Bezeichnenderweise richten sich diese Mahnungen vornehmlich an die arbeitende Bevölkerung, die von der Not des Krieges am schwersten betroffen wurde und unter seinen Nachwirkungen noch leidet. Stehen doch die Preise für den notwendigen Lebensbedarf noch immer weit über dem Friedensstand, die Löhne dagegen relativ erheblich niedriger, was die Rückkehr zur früheren Lebenshaltung oder gar deren Erhöhung ausschließt.

In den Organen des Industrie- und Handelskapitals vernimmt man jedoch nichts von einer Not des Volkes, desto mehr von der Not des Kapitals, dessen Substanz angeblich in erschreckender Weise zusammengeschnitten ist, deshalb ergänzt werden müsse, wozu die Arbeiter beitragen sollen. Wie man sich diese Mitwirkung denkt, wurde den Arbeitern durch die Forderungen der Unternehmer nach Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, Verminderung der sozialen Lasten usw. mit hinreichender Deutlichkeit klar gemacht. Seit der Stabilisierung der Währung, die diese Forderungen der Unternehmer in verstärktem Maße aufleben ließ, kämpfen die Gewerkschaften mit allem Nachdruck dagegen an. Wenn es ihnen nicht gelang, die den Arbeitern angebotenen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders die Verlängerung der Arbeitszeit, in vollem Umfange abzuwehren, so deshalb, weil sich die Reichsregierung, beeinflusst von dem Notgeschrei des Unternehmertums, auf dessen Seite stellte, seinen Wünschen weitgehend Rechnung trug. Die Arbeitszeitverordnung, die Haltung der Schlichtungsausschüsse und Schlichter, die unzulängliche Erwerbslosenfürsorge, die Rührlistebezüge sind nur einige für diese Parteinahme zugunsten des Industriekapitals sprechende Tatsachen.

Wie es im Gegensatz hierzu mit der Notlage des Industriekapitals bestellt ist, zeigen die gegenwärtig täglich veröffentlichten Goldbilanzen der Industrieunternehmen. Das deutsche Volk ist zweifellos ärmer geworden, von einer Verarmung der deutschen Kapitalistenklasse ist aber in diesen Veröffentlichungen nichts zu bemerken. Der Krieg, nicht minder die Nachkriegszeit und die Inflation boten dem Kapitalismus durch eine raffiniert betriebene Kapitalverschönerungs-, Konzentrations- und Kreditpolitik Gelegenheit, sich auf Kosten der breiten Volksschichten in bis dahin unerhörtem Maße zu bereichern. Diese Gewinne sind keineswegs, wie man glauben zu machen versucht, wieder in Nichts zerronnen. Entgegen den Klagen des kapitalistischen Unternehmertums ergeben deshalb auch die in der monatlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Bilanzübersichten das überraschende Resultat, daß die Finanzlage der privaten Wirtschaft eine gute ist, daß sie es glänzend verstand, ihre Substanz nicht nur zu retten, sogar zu vermehren. Verlierer waren andere. Auf der einen Seite die Arbeiter, die sich die jämmerlichsten Löhne und den Verlust ihrer Spareinlagen gefallen lassen mußten, auf der andern Seite der Mittelstand, der um sein Vermögen, die Grundlage seiner Existenz, betrogen wurde.

In besonders günstiger Lage befindet sich die Schwerindustrie. Eine im November vorigen Jahres von der genannten Zeitschrift veröffentlichte Zusammenstellung von 38 schwerindustriellen Unternehmungen läßt feststellen, daß sich ihr Kapital um 28%, die offenen Reserven um 45%, bei 62 Verkehrgesellschaften das Kapital um 16%, die Reserven um 68% erhöhten. Nach dem Jahresbericht der zur Otto-Wolf-Gruppe gehörenden Rhönig A.-G. für Vergbau und Hüttenbetrieb ist das Aktienkapital von 106 auf 300 Millionen, die Reserven von 14,68 auf 30 Millionen gestiegen. Der Wert der Hüttenwerke erhöht sich von 81,76 auf 118 Millionen, der Wert der Kohlenwerke von 50,42 auf 72 Millionen, während die Vorkonzernwerte von 6,57 auf 152,77 Millionen Goldmark anwachsen. Das Vermögen der Charlottenhütte in Niederhalden steigerte sich von 1913 bis auf 30 Millionen, der Braunkohlengesellschaft „Ifle“ von 10 auf 59,73 Millionen Goldmark.

Das sind nur einige typische Beispiele von der „schweren Notlage“, in der sich die deutsche Schwerindustrie befindet. Sie ist es aber nicht allein, die darunter zu leiden hat, ihr Schicksal wird von andern geteilt. Bekannt ist von

der Textilindustrie, daß sie trotz der hohen Preise der Textilwaren in lebhaften Klagen über ihre schlechte Lage überfließt, die nur durch eine entsprechende Herabsetzung der Arbeitslöhne gemildert werden konnte. Wie es in Wirklichkeit darum bestellt ist, zeigen die Bilanzen von 6 größeren Textilfirmen, die sich im Jahre 1924 um 41,5% höher stellten als 1913 und eine Steigerung der Vorkonzernwerte um 46,9% aufwiesen. Noch drastischer ist das Beispiel des Anilinunternehmens, der 7 große Unternehmungen umschließt. Er brachte es fertig, seine Anlagevermögen von 180,7 auf 317,34 Millionen, seine Vorräte von 102,97 auf 214,68 Millionen, seine Beteiligungen von 33,13 auf 200,05 Millionen, seine Gesamtaktiven von 480,51 auf 940,87 Millionen anwachsen zu lassen. Aber auch der Fertigungsindustrie gelang es, in ausgezeichneter Weise über die Inflation und Wirtschaftskrise hinwegzukommen. Ein Beispiel hierfür bietet die AG., die ein Aktienkapital von 1700 Millionen im Verhältnis von 10:1 zusammenlegte, und damit für den Unterdünen den Eindruck erweckte, als habe sie neun Zehntel ihrer Substanz verloren. Derartige Bilanzmanöver sind allgemeine Übung. Vergleicht man in diesem Falle das in der Goldbilanz der AG. aufgeführte Aktienkapital von 172,25 Millionen nach dem Stande von 1913 mit 155 Millionen im Jahre 1924, so stellt sich auch hier kein Verlust, sondern ein Zuwachs von 17,25 Millionen heraus. Etwas weniger günstig erscheinen die Verhältnisse von 397 Gesellschaften der vorarbeitenden Industrie nach den Angaben von „Wirtschaft und Statistik“, deren Eigenkapital durchschnittlich 80% des Vorkriegsstandes ausweist. Doch sind diese Angaben nur mit einer erheblichen Dosis Mißtrauen aufzunehmen; denn Papier ist geblüht, und Bilanzen sind dazu da, um die Öffentlichkeit über den wahren Sachverhalt hinwegzutäuschen.

Die festgestellten Tatsachen beweisen, daß die Klagen über den Substanzverlust der Industrie, ihre schwierige Lage auf nichts anderem als elender Heuchelei beruhen. Es ist nicht wahr, daß die Gewinnquellen des Industriekapitals trodengelagt sind; sie fließen weiter. Nicht durch gesteigerte Gütererzeugung, sondern durch Produktionsbeschränkungen, Lohnrückerei, vermehrte Ausbeutung der Arbeiter, Aufrechterhaltung von Wucherpreisen und Steuerhinterziehung weiß der Kapitalismus nach wie vor auf seine Rechnung zu kommen. Daß als Folge hiervon immer weitere Volksschichten in Verelendung herabsinken müssen, gehört zum Wesen unserer unvergleichlichen bürgerlichen Wirtschaftsordnung!

## Verbandsnachrichten.

† Richard Berni, Hamburg. Am 25. Februar starb im Krankenhaus Eppendorf der im Zentralbureau unseres Verbandes beschäftigt gewesene Kamerad Richard Berni. Ein Magenleiden, von dem er schon längere Zeit geplagt wurde, zwang ihn schließlich, sich in Krankenhausbehandlung zu begeben. Eine am Tage nach der Aufnahme vorgenommene Operation konnte ihn jedoch nicht mehr retten, sondern führte 2 Tage später den Tod herbei.

Richard Berni war aus Weimar gebürtig, er stand im 61. Lebensjahre. Unserem Verbands gehört er seit 1889 an. Er war immer ein aktives, strebsames Mitglied und wirkte sowohl im Vorstande der früheren Zahlstelle Altona wie später auch in der Zahlstelle Hamburg und Umgebung. Erst in den letzten Jahren machte er jüngeren Kameraden Platz. Im Verbandsbureau war er ein ruhiger, fleißiger Arbeiter, ein guter und rechtschaffener Kamerad. Ehre seinem Andenken!

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Unsere statistischen Zeitschriften.

Die Zeitschriften, die die Karte für den 28. Februar noch nicht abgefordert haben, werden ersucht, das sofort nachzuholen.  
Der Zentralvorstand.

#### Unsere Lohnbewegungen.

Gestrickt wird in Chemnitz, Dresden, Leipzig, Reize, Ohlau (Firma Luchsherer) und Osterburg. Geperret ist in Grimmitzhan die Firma Birker, in Dessau das Friedrich-Theater, in Rospweiz, Baustelle Ulrichsberg die Firma Wolle, in Schneidewühl das Geschäft von Stark, bei Offen die Baustelle Zeche „Fürst Leopold“ in Herbestdorfen, in Swinemünde das Geschäft von Tolle & Ernst.

Erfolgreicher Plakstreik in Stettin. Die Baugesellschaft „Comet“ führt Arbeiten in Altdamm aus. Bei Arbeiten außerhalb Stettins ist als Entschädigung außer Fahrgehd täglich ein halber Stundenlohn zu zahlen, eine Bestimmung, die bei der Lohnfestsetzung mit vereinbart wurde. Die Baugesellschaft weigerte sich, der Vereinbarung nachzukommen, und da auch Verhandlungsversuche scheiterten, legten am 19. Februar 32 Kameraden in Altdamm die Arbeit nieder. Es bedurfte erst dieses Zwangsmittels, um die Firma zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen. Am 23. Februar konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Sperre über die Baustelle „Fürst Leopold“ der Eiswerke in Herbestdorfen (Zahlstelle Offen). Auf der Zeche „Fürst Leopold“ führt die Maschinenbau-A.G. Elßa, Bochum, den Neubau einer Kohlenwäsche auf. Neben Lohn-, Arbeits- und Unterkunftsverhältnisse bestanden Anfang des Jahres Differenzen, die aber in Verhandlungen mit den Eiswerken unter Hinzuziehung eines Organisationsvertreters behoben werden konnten. In der letzten Zeit war die Wahrnehmung zu machen, daß die Eiswerke versuchten, die früheren Zustände auf der

Baustelle wieder herbeizuführen und jeden Anlaß hierzu benutzen. Einen Anlaß, die gesamte 66 Mann starke Belegschaft auszuperrern, glaubten die Eisfabriken in folgender wahrer Begebenheit gefunden zu haben: Am 23. Februar wurden am Eingang der Zeche 2 Bauarbeiter von der Zechenpolizei verprügelt, in das Portierhäuschen geschleppt und gefesselt, einer der Arbeiter konnte sich freimachen und unterrichtete die Belegschaft über die Mißhandlungen. Der leitende Polier und der Ödmann der Baustelle wollten den Zwischenfall beilegen, wurden aber von der inzwischen herbeigerufenen Gendarmerie ebenfalls mit dem Säbel mißhandelt. Der Betriebsführer der Zeche und 4 weitere Zechenbeamte liefen mit gezogenem Revolver nach der Baustelle und forderten die Belegschaft auf, obgleich Mittagspause war, sofort die Arbeit aufzunehmen oder binnen einer halben Stunde die Zechenanlagen zu räumen. Daß unter derartigen Gewaltmaßnahmen die Belegschaft die Arbeit nicht aufnahm, ist verständlich, und das Verlangen nach einer Betriebsversammlung war vollberechtigt. Die Betriebsversammlung fand außerhalb der Zechenanlagen statt. Die Eisfabriken konstruieren aus der Abhaltung der Betriebsversammlung eine Arbeitsverweigerung, Unbilligen und legten am 23. Februar die Baustelle still. Verhandlungen mit dem Vertreter der Eisfabriken am 23. Februar hatten kein Ergebnis. Die in Frage kommenden Organisationsleitungen haben sich mit diesem unerhörten Vorfalle beschäftigt und beschlossen, die Baustelle „Fürst Leopold“ der Eisfabriken in Herxleben zu sperren. Die Bauarbeiter sämtlicher Berufe werden aufgefordert, diese Baustelle zu meiden.

**Lohnbewegung im Siegerland.** Am 26. Februar fanden Verhandlungen über die Lohnfrage statt. Der jetzige Stundenlohn beträgt 67 ¢, unsere Kameraden fordern 80 ¢. Da die Unternehmer nur ein Angebot von 3 ¢ Lohnerhöhung machten und noch dazu bei langer Einbindung, scheiterten die Verhandlungen. Die Stellungnahme unserer Zahlstellen ist noch nicht bekannt.

**Lohnabkommen für Unterbaden und Vorderpfalz.** Am 24. Februar fanden Verhandlungen zur Neuverfestung der Löhne statt, sie führten zu einer Einigung. Mit Wirkung vom 1. März 1925 werden die Löhne in der Ortsklasse I wie folgt festgesetzt: für die über 10 Jahre alten gelernten Arbeiter 93 ¢. Die übrigen Löhne richten sich nach dem jetzigen Prozentsatz. Das Lohnabkommen kann frühestens am 1. April auf den 15. April 1925 gekündigt werden.

**Lohnvereinbarung im Freistaat Bayern.** Am 17. Februar tagte das Bezirkslohnamt, nachdem die bisherige Lohnvereinbarung von den Arbeitern gekündigt war, um neue Löhne zu vereinbaren. Die Verhandlungen führten zu einer Vereinbarung; sie besagt, daß vom 19. Februar an der Stundenlohn um 4 bis 6 ¢ zu erhöhen ist und daß dieser Lohn mindestens bis 29. April 1925 gilt. Der Stundenlohn beträgt demnach in Lohnklasse A 90 ¢, in I 85 ¢, in Ia 80, in II 78, in III 68, in IV 60 und in V 54 ¢.

**Neue Lohnfestsetzungen in der Provinz Hannover.** Durch einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses in der Sitzung vom 12. Februar wurde der Lohn für Facharbeiter vom 2. Februar an um 2 ¢ und vom 5. März an um weitere 3 ¢ die Stunde erhöht. Das Lohnabkommen gilt bis 15. April 1925. Vom 5. März an beträgt der Stundenlohn demnach in Lohnklasse A 86 ¢, in A I 81 ¢, in C 75 ¢, in CI 78 ¢, in D 67 ¢, in DI 63 ¢, in E 61 ¢ und in F 55 ¢. Die Lohnklasse B umfasst das Lüneburger Gebiet, dort unterliegt der Lohn besonderer Vereinbarung.

**Lohnverhandlungen und Schiedspruch im Freistaat Sachsen.** In Westsachsen ist das am 16. Oktober 1924 getätigte Lohnabkommen von unsern Zahlstellen rechtzeitig gekündigt worden. Von der Tarifgemeinschaft der Arbeitgeberverbände wurde unter Hinweis auf einen Formfehler und da die Zimmerer Westsachsens nur einen Bruchteil der Bauarbeiterschaft Sachsens darstellten, die Rechtmäßigkeit der Kündigung bestritten. Beauftragte bezirkliche wie auch örtliche Verhandlungen wurden abgelehnt. Einige Zahlstellen fühlten sich deshalb veranlaßt, durch Platzstreiks die Gesamtbewegung zu beeinflussen. Inzwischen haben auch die Zahlstellen in Ostsachsen das Lohnabkommen gekündigt. Nach Aufforderung der Unternehmer wurden ihnen die Forderungen, 1. M. Spitzenlohn unter Aufrechterhaltung der Sonderzulagen, Festsetzung von 3 Ortsklassen mit einer Gesamtspannung von 10 ¢ übermitteln. — Am 23. Februar 1925 fanden bezirkliche Verhandlungen statt. Zu eigentlichen Verhandlungen kam es aber nicht. Die Unternehmer waren bereit, eine mäßige Lohnerhöhung zu gewähren. Die Höhe bekanntzugeben, lehnten sie mit der Begründung ab, erst müßten die Forderungen der Arbeiter wesentlich herabgesetzt werden. Da von den Arbeitervertretern dies abgelehnt wurde, fanden die Verhandlungen ihr Ende. Bereits am andern Tag erhielten die Gauleitungen die Mitteilung vom Schlichtungsausschuß Dresden, daß am folgenden Tage über die strittigen Fragen vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt und eventuell entschieden werden solle. Die Verhandlungen waren äußerst schwierig. Nach fast vierstündiger Beratung fällte der Schlichtungsausschuß folgenden Spruch: 1. Die bisherige 5. Ortsklasse kommt in Wegfall. 2. Die Lohngebiete Sebnitz 1, 2, 3 kommen in die nächsthöchste Lohnklasse. Das gleiche gilt von der Stadt Königstein. Brandis wird in die 2. Ortsklasse versetzt. Die übrigen Anträge hinsichtlich anderer Eingruppierungen werden abgelehnt. Für die Bauten der sächsischen Werke in Wöhlen hält der Schlichtungsausschuß die Gewährung einer Sonderzulage für berechtigt; die Höhe ist örtlich zu vereinbaren. 3. Falls der Arbeitgeber Butte beziehungsweise Mulde und Neff stellt, so ermäßigen sich die Zuschläge für Träger auf 25 %; die Prozentätze für Träger werden berechnet auf Grund des Stundenlohnes und der Verkehrszulage. 4. Der Lohn für Bauhilfsarbeiter beträgt 87 % des Maurerlohnes. Der Lohn für Plazarbeiter 88 % des Maurerlohnes. Die übrigen Spannen bleiben wie bisher bestehen. 5. Die Lohnsätze betragen: in Lohn-

klasse I 88 ¢, in II 82, in III 77 und in Lohnklasse IV 71 ¢. Diese Lohnsätze haben Gültigkeit vom 1. März 1925 an und können mit monatlicher Kündigungsfrist erstmalig zum 3. Juni 1925 gekündigt werden. Die Verkehrszulagen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen. Die Parteien haben über die Annahme des Schiedspruches sich dem Schlichtungsausschuß gegenüber bis Montag, 2. März 1925, mittags 12 Uhr, zu erklären. Die Parteien treffen eine Vereinbarung darüber: 1. daß die Arbeitsbedingungen, wie sie am 15. April 1924 und am 4. August 1924 festgesetzt worden sind, weiter bestehen bleiben sollen; 2. daß die bisherige prozentuale Regelung der Lehrlingsentschädigung weiter bestehen bleibt.

**Lohnverhandlungen im Unterweser-Östgebiet.** Bei früheren Lohnverhandlungen waren die Parteien sich einig geworden, durch ein freies Schiedsgericht die Lohnfrage entscheiden zu lassen. Am 20. Februar tagte dieses Schiedsgericht. Es fällte folgenden Spruch: Von laufender Lohnwoche an beträgt der Stundenlohn für Facharbeiter in Lohnklasse I 96 ¢, in II 90 ¢, in III 83 und in Lohnklasse IV 76 ¢. Vom 1. Mai an erhöht sich der Stundenlohn in allen Lohnklassen um 4 ¢. Der Lohn gilt dann

## Das proletarische Glaubensbekenntnis.

1. Ich glaube an mein Gutes in mir,
2. Und ich glaube, daß mein Gutes in mir - mein Böses in mir wird zurückdrängen können.
3. Ich glaube an die menschliche Vernunft,
4. Die da alle harten Gesellschaftsformen zur Milderung führen wird,
5. Auf daß die Menschen aller Sprachen friedlich nebeneinander wohnen werden,
6. Und da sie die Produkte ihrer Arbeit friedlich untereinander austauschen werden,
7. Damit Mensch neben Mensch gemeinsam teilnehme an allem Schönen, Wahreistigen, Sittlichen und Reinen.
8. Ich glaube an die Gestaltungskraft des Menschengesistes.
9. Ich glaube an die Kühnheit des Menschengesistes,
10. Und ich weiß mich ein Teil der ewig newirkenden Fruchtbarkeit,
11. Die es als Weltengesist hinter den Erscheinungen des Lebens leidet, kämpft, ringt und sucht
12. Gleich mir!

Max Dorta.

bis zu der Lohnwoche, in die der 31. Mai fällt. Bestehende örtliche Vereinbarungen bleiben unberührt. Erklärungsfrist läuft bis 2. März. — Wie uns berichtet wird, ist das Ergebnis von der Arbeiterschaft abgelehnt worden.

**Gescheiterte Lohnverhandlungen in Ostpreußen.** Unsere Kameraden haben durch die Gauleitung Verhandlungen mit den Unternehmern gefordert, um den Lohn zu erhöhen. Am 17. Februar wurde über die Lohnfrage verhandelt. Die Unternehmer lehnten jede Lohnerhöhung für die Provinz ab, nur waren sie bereit, für Königsberg eine Lohnerhöhung von 3 ¢ die Stunde zu bewilligen. Am 21. Februar wurde weiter verhandelt. Ein Ergebnis über eine Lohnerhöhung zeitigte diese Verhandlung auch nicht, die Unternehmer lehnten nicht nur jegliche Lohnerhöhung für die Provinz ab, sie forderten auch Garantien, daß Arbeitseinstellungen zur Erhöhung des Lohnes nicht vorgensommen werden. Bei einer solchen Einstellung der Unternehmer mußte die Verhandlung scheitern.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Chemnitz.** Eine sehr gut besuchte Versammlung (wann?) beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: Der Stand des Streikes, verschärfte Kampfmaßnahmen und Erhebung von Extrabeiträgen zur Unterstützung der Streikenden. Kamerad Morgenstern berichtete über den Stand des Streikes, Kamerad Malby über die Verschärfung des Kampfes und die Erhebung von Extrabeiträgen. Der Vorstand sowie die Streikkommission schlugen vor, daß dem Vorstand die Ermächtigung gegeben wird, auf Arbeitsstellen, wo er es für notwendig erachtet, die Mitglieder anzuweisen, die Arbeit einzustellen. Dem wurde einstimmig zugestimmt. Der Vorschlag, die Geschäfte Hofmann, Vetterlein und Menscha & Paltsch stillzulegen, wurde einstimmig angenommen. Zur Unterstützung der Streikenden als Zuschuß zur zentralen Unterstützung wurde einstimmig beschlossen, daß die Kameraden, die für den bisherigen Lohn arbeiten, an Sonderbeiträgen abzuführen haben: die Ledigen 2. M und die Verheirateten 1. M. Bei Firmen, wo bewilligt ist, sind 3 und 5 M abzuführen. Die Ausschüsse war eine rege und bewegte sich im Sinne der vom Vorstand und der Streikkommission vorgelegten Anträge. Die lokalen Zuschüsse aus den Extrabeiträgen wurden auf 3 bis 8 M festgesetzt. Der Ausschluß des Kameraden Hörsch wurde aufgehoben, da die Anklubigungen widerrufen wurden. Mit der Aufforderung, in dieser freudigen Kampfstimmung auszuhalten, wurde die von bestem Kampfeifer getragene Versammlung geschlossen.

**Gr.-Zimmerern.** In der am 25. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde nach der Abrechnung vom 4. Quartal der Jahreskassenbericht gegeben, der in seinen Einzelheiten über die Einnahme und Ausgabe sowie über die Mitgliederbewegung Aufschluß gab. Leider war im

abgelaufenen Jahr eine Abnahme von Mitgliedern zu verzeichnen und mußten einige Kameraden mit Restschulden gestrichen werden, was im allgemeinen auf eine schlechte Bücherkontrolle zurückzuführen ist. Anschließend gab der erste Vorsitzende den Jahresbericht. Es fanden 13 Vorstandssitzungen und 8 Versammlungen statt. Infolge des schlechten Besuchs der Versammlung konnte der Vorstand nicht gewählt werden. Im 3. Punkt wurde ein Kamerad als Delegierter zur Gauleitung nach Frankfurt gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden noch einige Angelegenheiten erledigt.

— Wegen der Vorstandswahl fand am 8. Februar eine weitere Versammlung statt. Zunächst wurde der Vorstand vollzählig gewählt. Hierauf folgte der Bericht von der Gauleitung in Frankfurt. Den zwei im Streit sich befindenden Kameraden auf der Gewerkschaftsliste, wurden je 5 M aus der Lokalkasse bewilligt. Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag, daß Kameraden, die im Jahre 5 Versammlungen nicht besuchen, die lokale Unterstützung entzogen werden soll, gegen 1 Stimme angenommen. Weiter soll jeden Monat eine Versammlung stattfinden.

**Samm t. W.** Unsere gut besuchte Generalversammlung lagte im Januar bei Braun. Der ausführliche Jahresbericht durch den Vorsitzenden Rudolph, wurde von den Kameraden mit regem Interesse verfolgt. Er erwähnte vor allem die Tage, wo es galt, bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen und den Achtstundentag zu verteidigen. Der Mitgliederstand ist der gleiche geblieben. Unserm bewährten Kassierer wurde, nachdem die Revisoren ihr Vertrauen ausgesprochen, Entlastung erteilt. Die finanzielle Unterstützung der Bauhütte wurde von der Versammlung gutgeheißen, das Unternehmen wird uns dafür bei kommenden Kämpfen dankbar sein. Der alte Vorstand unserer Zahlstelle wurde wiedergewählt, ebenso die örtliche Schlichtungskommission. Nach sachlicher Diskussion wurde die Versammlung unter Hinweis auf Geschlossenheit und reger Werbetätigkeit für den Zentralverband, geschlossen.

— (Jahresbericht.) Unsere Zahlstelle hat ein schweres Jahr hinter sich. Von der Inflation zur Deflation hatten wir schwere Kämpfe durchzumachen. Die schlechte Konjunktur mußten die Unternehmer auszunutzen, indem sie uns den Lohn auf 60 ¢ herunterdrückten. Es mußte im vergangenen Jahre auch hart gekämpft werden, schon im Frühjahr begann der Kampf um den Achtstundentag. Als die Unternehmer sahen, daß sie auf Widerstand stießen, scheiterten sämtliche Verhandlungen. Irgendwelche Lohnzulage konnte nicht durchgesetzt werden. Auch in unserer Zahlstelle wurde zu Teilstreiks übergegangen, woran ein großer Teil unserer Kameraden beteiligt war. Auf die Teilstreiks wurde von den Baugewaltigen mit einer Aussperrung geantwortet, die 6 Wochen anhielt. Endlich mußten die Unternehmer sich bequemen, eine Lohnerhöhung zu gewähren, der Lohn stieg dadurch von 62 auf 68 ¢. Im September fanden wieder Verhandlungen statt, wobei der Lohn von 68 auf 78 ¢ erhöht wurde. So stieg der Lohn im vergangenen Jahre von 62 auf 78 ¢. Das Platzdelegiertensystem wurde richtig ausgebaut, wenn es nötig war wurden Sitzungen einberufen und die Anwesenheit der Plätze geregelt. Es haben im Berichtsjahr 12 regelmäßige und 6 außerordentliche Versammlungen stattgefunden. Sie waren durchschnittlich gut besucht. Ferner fanden 12 Kartellsitzungen statt sowie 2 Sitzungen der Schlichtungskommission. In beiden Sitzungen kamen die Kameraden zu ihrem Recht. Auch beging unsere Zahlstelle eine Jubiläumsfeier. Anlaß war die 25jährige Zugehörigkeit zweier Kameraden zum Verlande. Erfreulich war, daß sich alle Kameraden an der Feier beteiligten. Das Verhalten der Kameraden zum Vorstand war im Berichtsjahr zufriedenstellend; wo sich irgendwelche Anstöße ergaben, wurden sie in der Versammlung kameradschaftlich ausgetragen. Der Vorstand fühlt sich verpflichtet, allen Kameraden, die an der Aufwärtsentwicklung der Zahlstelle teilhaben, seinen Dank abzugeben. Ferner rufen wir allen Zimmerern von Samm zu: Nur der eiserne Wille kann uns zum Ziele führen und keiner darf eher ruhen, bis auch der letzte Zimmerer unserm Verband zugeführt ist.

**Hirschberg i. Schl.** Am 18. Januar fand unsere von 70 Kameraden und 11 Lehrlingen besuchte Generalversammlung statt. Eingangs gedachte man in ehrender Weise der im Vorjahre verstorbenen Kameraden. Dann wurde der Kartellbericht erstattet; er zeitigte keine große Aussprache. Anschließend gab der Kassierer den Kassenbericht vom vierten Quartal. Er wurde beifällig aufgenommen und es erfolgte die Entlastung des Kassierers. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß ein sehr arbeitsreiches Jahr hinter uns liegt und wir von einer Aussperrung nicht verschont blieben. Durch straffe Disziplin und Festhalten an unserer Sache konnte der aus der Aussperrung hervorgegangene Streik zu unsern Gunsten ausgefochten werden. Im Laufe des verfloffenen Jahres machten sich 10 ordentliche, 4 außerordentliche und 6 kombinierte Versammlungen nötig. Außerdem hat der Vorstand an 12 Bezirksversammlungen teilgenommen. Der Versammlungsbesuch war ein halbwegs zufriedenstellender. In unserer Zahlstelle gibt es 42 reine Baubetriebe, die rund 510 Kameraden beschäftigen. Anfang 1924 stand der Lohn auf 45 ¢, während am Ende des Jahres 61 ¢ plus 5 ¢ Feuerungszulage gezahlt wurden. Bei der Jahresabrechnung gab der Kassierer einen Heberblick über die zentralen sowie lokalen Kassenverhältnisse. Die lokalen Kassenverhältnisse haben sich im vergangenen Geschäftsjahr zur Zufriedenheit der Zahlstelle entwickelt. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 564. Anschließend wurde die Wahl des Gesamtvorstandes vollzogen, sie war sehr schnell erledigt, da die alte Verwaltung die Wiederwahl annahm. Unter „Anträge“ und „Verschiedenes“ brachte zunächst der Vorstand einen Antrag ein, der eine regere Beteiligung bei Sterbefällen ermöglicht. Auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse sollen die an Beerdigungen teilnehmenden Kameraden entlastet und einer bestimmten Teilnehmerzahl der Arbeitsverlust entschädigt werden. Die erforderlichen Mittel hierzu werden nach jedem Todesfall durch Erhebung eines Extrabeitrages in der ganzen Zahl-

stelle aufgebracht. Dieser Antrag fand die Zustimmung der Versammlung. Ferner wurde die bisherige Bestimmung betreffs Gewährung eines lokalen Sterbegeldes wieder erneuert. Auch wurde über die Sozialisierung im Baugewerbe (Fahnhütte) eine lebhafte Aussprache geführt und der Vorstand beauftragt, Mittel und Wege zu finden, die es in unserm Zahlstellengebiet ermöglichen, einen Vertrieb in dieser Form aufzunehmen. Außerdem wurde auch noch auf unsere Zentralkrankenkasse hingewiesen, die unsern Kameraden bessere Bedingungen bietet als die allgemeinen Ortskrankenkassen, deshalb möchten sich die Kameraden ihrer Berufskrankenkasse anschließen. Hierauf wurde mit dem Hinweis, auch fernerhin für unsere Sache jederzeit geschlossen einzutreten und mit einem Hoch auf den Zentralverband die Versammlung geschlossen.

**Sophenmüssen.** Die Kameraden im Zahlstellengebiet Bitterfeld möchten wir auf folgenden Vorgang aufmerksam machen. Die Firma Weiß, Bad Köfen, sucht Zimmerer für einen Bau in Wulfen bei Bitterfeld. Soweit bekannt, haben sich nach dorthin auch Leute gewendet, die aus dem Verbandsgebiet ausgeschlossen sind oder sich weigern, die Mitgliedschaft zu erwerben. Wegen einiger von ihnen war das Kraftwerk der Einmiesgesellschaft in Theißen bei Zeitz lange Zeit gesperrt; sie haben trotzdem dort täglich 12 Stunden und länger gearbeitet und sich unter Tariflohn angeboten. Wir sehen aus begründlichen Gründen von einer Veröffentlichung der Namen hier ab, ersuchen jedoch, daß an der Baustelle eine strenge Kontrolle geübt wird, um derartigen Elementen das Handwerk zu legen.

**Referat.** Am 24. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Kamerad Götter erstattete Bericht über die Abrechnung vom 4. Quartal. Sie wurde von den Revisoren für richtig befunden. Dem Kassierer wurde hierauf Entlastung erteilt. Anschließend erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Sämtliche Posten wurden besetzt. In Punkt 3 wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Wenn ein Lehrling sich erst nach Beendigung seiner Lehrzeit als Mitglied aufnehmen läßt, so hat er 6 M., und wenn ein Geselle aus eigener Schuld oder wegen Schulden gestrichen wird, so hat er 10 M. bei seinem Wiedereintritt in die Lokalkasse zu zahlen.“ — Weiter wurde beschlossen, daß jeden Monat eine Zahlstellenversammlung stattfinden soll. Zur Vorbereitung eines Winterbergnügens wurde ein Komitee gewählt. Zum Schlusse betonte Kamerad Lange noch besonders, daß jeder Kamerad es sich zur Pflicht machen müsse, für das Wohl der Zahlstelle zu arbeiten; denn nur dann würden Fortschritte erzielt.

**Oranienburg.** Unsere Mitgliederversammlung fand am 7. Februar statt; sie war von 23 Kameraden besucht. Zum Punkt „Stellungnahme zur Lohnfrage“ verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Gauleiters, Kameraden Knipper, betreffs Ablauf der bezirkslichen Vereinbarung. Daburich machte sich eine Konferenz erforderlich und ersuchte er um Entsendung eines Vertreters. Die Versammlung beschloß, 2 Vertreter zu entsenden. Unter „Verschiedenes“ gab es eine erregte Aussprache über den Zimmerer Zeug. Dieser war durch den Vorstand zur Versammlung geladen, aber nicht erschienen. Zeug hatte sich beim letzten Streit nicht korrekt verhalten, indem er die Anordnungen der Streikleitung nicht befolgte, sondern am Tage zuvor, ehe der Streit sein Ende erreichte, in Arbeit trat, noch dazu auf einer Arbeitsstelle, die für organisierte Kameraden gesperrt war und es heute noch ist. Leider hat die Zahlstelle damals nicht sofort das Ausschlussverfahren eingeleitet, dem kam Zeug zuvor und löste sein Verhältnis zum Verbandsverband. Nun braucht er ihn wohl wieder; denn er meldete sich wieder an und wurde vom Kassierer auch wieder aufgenommen. Die Kameraden mißbilligten diese Aufnahme und die Versammlung beschloß, sie wieder rückgängig zu machen. Zeug soll nur dann wieder im Verbandsverband Aufnahme finden, wenn er die Erklärung abgibt, daß er in Zukunft seinen Verpflichtungen dem Verbandsverband gegenüber nachkommen will. — Hierauf wurden die Kameraden Hoffmann und Wölke anlässlich ihrer Währungs treuen Zugehörigkeit zur Zahlstelle Oranienburg Glückwünsche dargebracht und die Hoffnung ausgesprochen, daß sie noch viele Jahre ihre Treue dem Verbandsverband bewahren können.

**Witzburg.** Am 4. Januar fand im Gasthaus „Stadt Mainz“ unsere Generalversammlung statt. Anwesend waren unser Gauleiter, Kamerad Promm, sowie 35 Kameraden. Die Tagesordnung lautete: Bericht vom verfloffenen Geschäftsjahr und Neuwahl. Da der erste Vorsitzende seines Amtes entbunden wurde, gab der zweite Vorsitzende in kurzen Umrissen den Bericht vom letzten Jahre. Er machte die Kameraden darauf aufmerksam, daß das neue Jahr ein Kampfsjahr sein werde. Deshalb sei es Pflicht eines jeden Kameraden, die Versammlungen zu besuchen, mitzuarbeiten und mit Rat und Tat dem Vorstande beizustehen; denn die Kameraden könnten viel dazu beitragen, die Arbeiten in der Zahlstelle zu erleichtern. Auch Gauleiter Promm richtete einige beherzigenswerte Worte an die anwesenden Kameraden. Hierauf wurde die Neuwahl vorgenommen. Sie ging sehr flott vonstatten; denn es haben sich wieder die alten Kameraden bereitgefunden, die schon früher vor 6 und 10 Jahren in der Verwaltung waren und leider sehen mußten, wie ihr Bau so langsam einzustürzen drohte. Es hat sich hier leider gezeigt, daß die jüngeren Kameraden versagt haben. Die Gewählten haben sich zum Ziel gesetzt, vorwärtszustreben, wieder aufzubauen und ihre volle Kraft für unsere Bewegung einzusetzen. Darum, alle an die Arbeit!

Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 1. Februar statt, sie war leider sehr schlecht besucht. Offenbar wird bei der jetzigen Verwaltung der Versammlungsbefuch wieder seine frühere Höhe erreichen. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom 4. Quartal und Abrechnung mit dem früheren Vorsitzenden Winkler. Er hat sich im vergangenen Geschäftsjahre unkameradschaftlich benommen, das Ausschlussverfahren gegen ihn ist eingeleitet worden. Unter „Verschiedenes“ kamen noch einige interne Angelegenheiten zur Erledigung, worauf

der Vorsitzende nochmals zur regeren Beteiligung an den Versammlungen mahnte und aufforderte, überhaupt mehr Interesse zu zeigen am kameradschaftlichen Zusammenarbeiten in unserer Organisation; wir waren bisher immer die kampferprobten Pioniere und wollen es auch fernerhin bleiben, jeder muß stolz sein auf seine Organisation!

### Gewerkschaftliche Rundschau.

**Gewerkschaften und Steuerfrage.** Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände rufen ihre Mitglieder auf, zur Abwehr zu rüsten. In einer Rundgebung bezeichnen sie die „Steuerreform“ der Regierung als eine skandalöse Begünstigung des Besitzes. Die Regierung wird daran erinnert, daß das auch von ihr anerkannte Dames-Gutachten die Art der notwendigen Steuerreform klar umrissen hat. Dort heißt es, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre.

„Wo bleibt — so fragt die Rundgebung — die Versteuerung der Inflationsgewinne? Wann beginnt die Rückzahlung der Ruhrverdienste? Es muß die Lohnsteuer weitgehend erleichtert werden!

Wir verlangen von der Reichsregierung eine Steuerpolitik, die nicht zuerst den Bedürfnissen der Besitzenden, der Industriefürsorge und Agrarier, sondern den Lebensnotwendigkeiten der breiten Masse des Volkes entspricht. Die Steuerpolitik, wie sie jetzt getrieben wird, liegt auf einer Linie mit der Schutzollpolitik, die von der deutschen Schwerindustrie bei den Handelsvertragsverhandlungen immer sichtbar durchgesetzt, von einer kleinen, aber mächtigen Schicht der Großgrundbesitzer gedeckt und durch die bearbeitende Industrie, die heute in einem Sörgleitsverhältnis zu den Rohstoffherrschern lebt, gebildet wird. Wirtschaftlicher Unverstand und politische Reaktion vereinigen sich, um die Konsumkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten der breiten Masse des Volkes, das letzte Fundament unserer Wirtschaft, zu untergraben. Wir fordern unsere Mitglieder auf, zur Abwehr zu rüsten!“

**Die Antikriegspropaganda** beschäftigt die jüngste Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Der vom Vorstand unterbreitete Plan für die Antikriegspropaganda im Jahre 1925 wurde gutgeheißen. Es wurde beschlossen, in diesem Jahre keinen Antikriegstag zu organisieren, statt dessen aber bei der Feier des 1. Mai den Friedensgedanken ganz besonders in den Vordergrund zu stellen. Anlässlich der eventuell stattfindenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes soll gleichzeitig und am gleichen Ort eine Konferenz des IGB abgehalten werden.

### Literarisches.

„Urania“, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftskritik. Urania-Verlagsgesellschaft, Jena. Ausgabe A mit broschiertem Buchbeigabe 1,25 M., Ausgabe B mit gebundener Buchbeigabe 1,80 M. vierteljährlich. Das soeben herausgegebene Heft enthält unter anderem Artikel über: Die Erschaffung der Welt. Vererbung erworbener Eigenschaften. Freiland-Terrarien. Zu Fuß durch das Mittelalta. Wie entsteht ein Delta. Der Sternenhimmel im März.

**Der Prozeß des Reichspräsidenten.** Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Ein Prozeßbericht, der nicht nur die Verhandlungen, sondern auch die Vorgeschichte und die Konsequenzen von Magdeburg wiedergibt sowie ein lebendiges Bild entwirft von dem Kampf, der in Magdeburg gegen die Republik und den Reichspräsidenten geführt worden ist. Dem Bericht ist angefügt die Urteilsbegründung, außerdem Gutachten von hervorragenden Juristen, wie Bayer, Raddbruch, Schiffer und Singheimer.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Heft 4 bringt Artikel über: Kommunale Bodenpolitik; Der berufsmäßige Feuerschutz; Gemeinde- und Bürgermeisterwahlen in München; Aus dem Wirkungskreis der Gemeindevorsteher; Das Verbandsrecht der Gemeinden usw. Verlag J. G. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 M.

„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift. Preis 30 M., mit Schnittmusterbogen 40 M. Verlag J. G. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen, Berlin SW 19. Bezugspreis jährlich 1,20 M. Diese neue Zeitschrift bezweckt Mitarbeit an der Wiederaufrichtung der Volksgesundheit durch Verbreitung der Lehren von der gesundheitlichen Lebensführung in den berufstätigen Volksschichten und deren Belehrung in Wort und Bild über das Wesen und Wirken der auf Besserung der Volksgesundheit und damit der Volkswohlfahrt abzuleitenden Einrichtungen, insbesondere der Sozialversicherung. Der auffallend niedrige Bezugspreis gibt jedermann die Möglichkeit, Abonnet dieser Zeitschrift zu werden.

### Versammlungsanzeiger.

- Freitag, den 8. März:**  
Oppeln: Vormittags 10 Uhr im Lokale von Jonis.
- Montag, den 9. März:**  
Nachen: Gleich nach Feierabend in der Gewerkschaftsschule, Kleindlnstr. 18.
- Dienstag, den 10. März:**  
Dortmund: Abends 7 Uhr Platz- und Baudelegierten-sitzung im Gewerkschaftshaus (Gesellschaftszimmer). — Kiel:

Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Öbän:** Nach Feierabend in Kerns Restaurant, Schulgasse. — **Mainz:** Gleich nach Feierabend im „Goldenen Flug“. — **Nordenham:** Nachmittags 5½ Uhr im Genossenschaftshaus, Schulstr. 10.

**Mittwoch, den 11. März:**  
Dortmund, Bezirk Braumbauer: Abends 7 Uhr in der Gemeindevirtschaft Knappmann. — **Düsseldorf:** Abends 7 Uhr Lehrlingsversammlung im Volkshaus.

**Donnerstag, den 12. März:**  
Dortmund, Bezirk Gastrop: Abends 7 Uhr in der Wirtschaft Schlüter, Kriegerdenkmalstraße. — **Benzig:** Eine halbe Stunde nach Feierabend bei R. Criffen. — **Potsdam:** Abends 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Prast, Kaiser-Wilhelm-Straße 88. — **Siegen i. W.:** Abends 7½ Uhr in der Wirtschaft von Wilhelm Jung, Sandstraße.

**Freitag, den 13. März:**  
Eisenberg: Nachmittags 5 Uhr im Volkshaus. — **Fern-dorf:** Abends 6½ Uhr in der Wirtschaft von Rottmann. — **Gelsenkirchen, Bezirk Wattenscheid:** Abends 7 Uhr bei Wismann, Ecke Hoch- und Sedanstraße. — **Schwerin:** Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus, Waderstr. 5.

**Freitag, den 14. März:**  
Dillig: Abends 8 Uhr im Gasthof von Martin Leh. — **Dortmund, Bezirkörde:** Abends 7 Uhr in der Wirtschaft von Benninghauer Straße. — **Lünen:** Abends 8 Uhr im „Bürgergarten“. — **Waren:** Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Traube“.

**Sonntag, den 15. März:**  
Mittling, Bezirk Limbach: Vormittags 9½ Uhr im Gasthaus Sterner in Limbach. — **Cüstrin:** Nachmittags 3 Uhr Lehrlingsversammlung bei Dills, Plantagenstr. 58. — **Sagen i. W.:** Vormittags 10 Uhr bei Arnold, Ecke Elberfelder- und Bergstraße. — **Köln, Bezirk Müllheim:** Vormittags 10 Uhr bei G. Welfe in Deuz, Mülheimer Str. 187. — **Neuß, Bezirk Grevenbroich.**

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

Berlin. Am 15. Februar starb unser Kamerad **Oskar Sanvor** (Bezirk 18) im Alter von 76 Jahren an Lungenentzündung, und am 21. Februar starb unser Kamerad **Paul Villwock** (Bezirk 12) im Alter von 64 Jahren an Leberchrumpfung.  
Frankfurt a. M. Am 31. Januar starb im Alter von 76 Jahren unser Kamerad **Peter Becker**.  
Köln a. Rh. Nach kurzer schwerer Krankheit starb am 20. Februar unser lieber Kamerad **Karl Wegowitz** im blühenden Alter von 18 Jahren an Rippenfellentzündung.  
München. Am 28. Januar starb unser Kamerad **Lorenz Ledl** infolge eines Gehirnschlages im Alter von 65 Jahren. Am 8. Februar starb unser Kamerad **Ludwig Mittermaier** infolge Lungenentzündung im Alter von 59 Jahren.  
Würzen. Am 31. Januar starb unser Kamerad **Oskar Blams** im Alter von 51 Jahren an einer Magenkrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

#### Zahlstelle Düsseldorf.

Für die Außenbezirke **Hilden, Venrath, Holthausen, Werthen, Reicholz, Daffels und Urdenbach** findet am **Sonnabend, 7. März**, abends 7 Uhr, in Venrath im Lokale **Albert Droste „Zur Rheinlust“**, Rheinmüserstr. 17, eine wichtige Versammlung aller Zimmerer statt. [2,40 M.] **Der Vorstand.**

#### Zahlstelle Magdeburg

mit angeschlossenen Bezirken **Schönebeck, Gommern, Colbitz, Burg.** Am **Sonnabend, 28. März**, findet im „**Soffjäger**“ (Weißbiering) unser

#### 29jähriges Stiftungsfest

statt, verbunden mit Ehrung der Kameraden, die 25 Jahre und länger dem Verbandsverband angehören. Für Unterhaltung ist bestens Sorge getragen, unter andern: Rhythmische Tänze, ausgeführt von Damen, und Pflanzenschwingen, ausgeführt von Turnern (Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“, Subenbürg). Anfang 7 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr. Schluß 9 Uhr. Ehrenpflicht eines jeden Kameraden ist es, mit seinen Angehörigen das Fest zu besuchen. Die Jubilare bitten wir, reiflos zu erscheinen. [5,70 M.] Mit kameradschaftlichem Gruß **Das Komitee.**

#### Zahlstelle Lüneburg.

[1,80 M.] Wir machen darauf aufmerksam, daß sich jeder Gewerkslose sowie alle zureisenden Kameraden beim Vorsitzenden, Kameraden **Consin, Elmerdamm Nr. 12**, zu melden haben, da Umschauen verboten ist. **Der Vorstand.**

Der Zimmerer **Heinrich Riedel** (Buchn. 107 291), geboren am 27. Juli 1901, wird ersucht, wegen Zusendung seines Verbandsbuches seine Adresse an **O. Baselt, Würzen, Jägerstr. 3**, zu senden. [1,20 M.]

Der Zimmerer **Otto Funke** aus Zerbit wird gebeten, seine Adresse an **J. Seger, Braunschweig, Südklnt 21/22, I.**, einzufenden, da seine Brieftasche gefunden wurde. [90 M.]